

Procedere wiederholte sich zweimal. Nachdem die letzte Tranche über rund 103 000 Mark Taschkent erreicht hatte, quittierte Rusmetow schriftlich den Empfang – 195 000 US-Dollar „für geleistete Dienste“.

Das Camouflage-Geschäft über den Hunsrücker Spediteur wird von Fraport mittlerweile eingeräumt. Es sei allerdings, wie Fraport-Sprecher Klaus Busch beteuert, die Aktion „einzelner Beschäftigter“ gewesen, von der die Unternehmensspitze „keinerlei Kenntnis“ hatte. Als Fraport von den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft erfuhr, habe das Unternehmen beiden Mitarbeitern fristlos gekündigt. „Wir verzichten doch lieber auf ein Geschäft“, sagt der Fraport-Sprecher, „als dass wir Schmiergelder zahlen.“

Doch ob Fraport, ehemals FAG, diese hehren Grundsätze im Taschkent-Deal stets beachtete, ist äußerst fraglich. Nicht nur die Aussage F.s vor der Staatsanwaltschaft, sondern auch interne Dokumente und Vermerke legen den Verdacht nahe, dass Fraports Mann in Taschkent nur das ausführte, was andere vordachten.

So war den Verantwortlichen am Flughafen Rhein/Main offenbar von Beginn des Taschkent-Engagements im Jahr 1998 an klar, dass „Geschäfte mit Usbekistan nur funktionieren, wenn nebenbei was möglich“ sei, wie es in einem Vermerk der Revisionsabteilung vom November 2002 heißt. Peter Henkel, Prokurist und in der Hierarchie direkt unter Fraport-Vize Manfred Schölch angesiedelt, stellte dem Vermerk zufolge aber klar, „dass dies mit der FAG nicht zu machen sei“. Wenn dies über einen Subunternehmer erfolge, sei „das eine andere Sache“.

Den hatte der Fraport-Spitzenmanager auch schon ausgeguckt, die Firma Aero Group aus Bergisch-Gladbach. Das Unternehmen, mit dem die Frankfurter Flughafenbetreiber in den achtziger Jahren bei Projekten auf den Malediven und in Somalia zusammenarbeiteten, sollte für die FAG den Transport organisieren. Im Ho-

norar von rund zwei Millionen Mark – zwölf Prozent des Lieferwertes von etwa 18 Millionen Mark – sollten auch so genannte NAs („Nützliche Aufwendungen“) versteckt werden, die Steuerchiffre für Bestechung. Das geht aus einer Grafik hervor, die Henkel für den Vorstand anfertigen ließ: „Max. 8 Prozent an NA-Empfänger“. Die Präsentation entstand im September 1998, wenige Monate bevor Auslandsbestechung hier zu Lande strafbar wurde.

Fraport lehnt zu dem Vorgang jede Stellungnahme mit Verweis auf die staatsanwaltlichen Ermittlungen ab. Henkel ist einer der Fraport-Manager, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der internationalen Bestechung ermittelt.

Doch der Schmiergeld-Transfer nach Taschkent über Aero Group kam nicht zu Stande. Im Februar 2000 kündigten die Frankfurter Flughafenbetreiber den Vertrag. Dabei waren die Vorbereitungen schon weit gediehen, selbst ein Beratervertrag mit Rusmetow, mit dem offenbar die Bestechungsgelder kaschiert werden sollten, war als Entwurf vorhanden.

Der Fraport-Mann F. vor Ort und mit den Gepflogenheiten des Landes bestens vertraut, brauchte nun dringend Ersatz. Die Arbeiten an den Passagier-Abfertigungsanlagen stockten, die usbekische Seite pochte auf Einhaltung der vereinbarten Zahlungen. Zurück in Deutschland fädelte er den Deal mit dem Spediteur Kroll ein. Über den Auftrag informierte er seine Vorgesetzten offenbar nicht, im Sommer 2001 ließ F. sie lediglich wissen, wie es in einem Vermerk heißt, „die Sache mit den NAs wäre gelaufen“.

Einzelheiten wollten die Manager offenbar gar nicht wissen. Das Taschkent-Projekt schloss Fraport mit einem Gewinn von einer dreiviertel Million Mark ab.

Erst am 5. November vorigen Jahres, als Staatsanwälte mit einem Durchsuchungsbeschluss auf dem Flughafengelände anrückten, wurden die Fraport-Manager an die misslichen Begleitumstände des Usbekistan-Geschäfts erinnert. Prompt feuerte das Unternehmen Projektleiter F. und den Einkäufer C. Doch da vermuteten die Ermittler bereits, dass die beiden nicht auf eigene Rechnung gehandelt hatten.

Anfang Oktober hat die Staatsanwaltschaft erneut Fraport-Büros durchsucht. Inzwischen führt sie unter dem Aktenzeichen 7730 Js 225929/02 als Beschuldigte sechs Fraport-Mitarbeiter: neben Henkel, C. und F. einen Projekt-Manager, den Einkaufschef und eine Mitarbeiterin der Rechtsabteilung. ANDREAS WASSERMANN



Institutsleiter Besier
„Akzeptanz religiöser Vielfalt“

SEKTEN

Professor auf Abwegen

Ein renommierter Kirchenhistoriker hat sich wohlwollend über Scientology geäußert. Ist der Mann nur naiv? Experten warnen immer noch vor der Psychosekte.

Es waren nur drei Minuten. Eine Ansprache, einfach so dahingeredet, sagt Gerhard Besier. Aber diese drei Minuten könnten den bekannten Dresdner Kirchenwissenschaftler nun womöglich den guten Ruf kosten. Oder gar die Karriere. Denn Besier sprach bei der Eröffnung des neuen Scientology-Büros im September in Brüssel.

„Eine Stippvisite“ sei das gewesen, „völlig privat“, beteuert der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung heute. Die Psychosekte hingegen behauptet, der renommierte Historiker sei ihr Ehrengast gewesen.

Und dann fielen diese Sätze, die nicht nur die sächsische Landesregierung in helle Aufregung versetzten: Die Scientology-Kirche führe einen „Kampf für Toleranz“, die jedem zugute komme, und streite „für die Akzeptanz religiöser Vielfalt“. Führt der bekannte Wissenschaftler neuerdings auf dem Ticket der Scientologen? Oder ist der Mann einfach nur naiv?

Fest steht: Erstmals ist es Scientology gelungen, einen prominenten deutschen Kopf zu gewinnen, der sich in die Nähe der umstrittenen Gruppierung begibt. Und was den Verdacht der Kumpanei verstärkt: Besier arbeitete gerade mit seiner Frau an einem Buch über Scientology. Die sonst so geheimniskrämerische Organisation gewährte ihm Zugang zu angeblich 11 000 Adressen von Mitgliedern in Deutschland.



Flughafen Frankfurt am Main: Fraport-Manager im Visier



Eröffnung des Scientology-Büros in Brüssel*
„Die Organisation will die weltweite Herrschaft“

Die überraschende Fürsprache von Besier passt perfekt in die neue Strategie der Organisation. Seit einiger Zeit, so beobachten Sektenexperten, stellt sie sich nach außen ungewohnt offen und locker dar und beschreitet neue Wege der Mitgliederrekrutierung. Nicht mehr nur seltsame Psychotests und wirre Weltverbesserungstexte sollen für die krude Philosophie des Gründers Ron Hubbard werben. Nun versucht Scientology die Menschen mit Themen wie Katastrophenhilfe und Drogenabstinenz zu gewinnen – und damit salonfähig zu werden.

Doch das fällt nicht leicht. Allzu präsent ist noch das Schreckensbild aus den neunziger Jahren, wonach die Scientologen bald an allen Schaltstellen der Nation säßen und ganz Deutschland unterwanderten. Der damalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bezeichnete den Psychokult als „Krake“, dem die Arme abgeschlagen werden müssten. Scientologen verunglimpft darauflin den Politiker als „Nazi“ und die Hamburger Sektenebeauftragte Ursula Caberta als „modernen Goebbels“.

Lange ist's her. Nun versucht es die Organisation auf die weiche Tour.

Als vor gut einem Jahr die Elbe über die Ufer trat, halfen junge Menschen in gelben T-Shirts beim Katastropheneinsatz; es waren so genannte Volunteer Ministers, von Scientology geschickt. Sie schleppten Säcke, besorgten Kleidung. „Sie helfen



Hochwasserkatastrophe an der Elbe (2002): „Sie helfen einfach“

einfach“, schwärmt Scientology-Sprecherin Sabine Weber.

Schon nach den Terroranschlägen vom 11. September waren Bilder der gelb gewandeten Männer und Frauen am Ground Zero um die Welt gegangen. „Das hat auch Scientology in Deutschland auf die Idee gebracht“, vermutet der Sektenebeauftragte der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Thomas Gandow.

Zur Image-Pflege gehört auch die Gründung der neuen Zeitschrift „Free Mind“, laut baden-württembergischem Innenministerium ein als Wissenschaftsmagazin getarntes Propagandablatt. Außerdem sei die Organisation neuerdings bestrebt, „Nicht-Scientologen als Fürsprecher“ zu gewinnen – wie der Fall Besier beweist. Beliebte seien Verfechter der Alternativmedizin oder Drogenexperten, weil die Sekte bei solchen Themen auf Konsens hofft.

Gleichzeitig versucht Scientology zur Rehabilitierung die Gerichte einzuspannen. Vor zwei Jahren untersagte das Verwaltungsgericht Berlin, Mitglieder von Scientology als V-Leute anzuwerben. Nach immerhin vierjähriger nachrichtendienstlicher Recherche, so die Begründung der Richter, habe der Verfassungsschutz bloß Zitate aus Schriftstücken herangeschafft, denen „nicht einmal eine tragfähige Bedeutung für den weiterbestehenden Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen zukommt“. Im Sommer stellten die Berliner Staatsschützer die Beobachtung ein.

Wasser auf die Mühlen der Kieler Schlapphüte, die Scientology nicht beobachtet haben: Die Organisation setze „keine originär politischen Ziele“ um.

Wird also Scientology maßlos überschätzt? Ist die Organisation in Wahrheit harmlos? Die Bundesanwaltschaft warnt davor, die Vereinigung zu unterschätzen. In

einem neuen Verfahren, das Scientology gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz im März vor dem Kölner Verwaltungsgericht angestrengt hat, zählt der Anwalt des Bundes, der Berliner Jurist Dieter Sellner, in seiner Klageerwiderung massive Vorwürfe auf. Möglicherweise reichen sie aus, um Scientology zu verbieten.

So vergleicht Sellner das Ausmaß der Bestrebungen der Scientologen nicht nur mit denen des verbotenen islamistischen Kalifatsstaats des Extremisten Metin Kaplan. Er schreibt sogar, die Lehre des Gründers Hubbard zielen notwendigerweise auf eine Diktatur. Bereits der menschenverachtende Umgang mit Kritikern sei systematische, strafbare Nötigung, die auf Verfassungsfeindlichkeit schließen ließe, so der Jurist.

Auch das bayerische Innenministerium stellt unmissverständlich fest: „Scientology will die weltweite Herrschaft.“ Die Organisation strebe „nach wie vor auf Kosten seiner Mitglieder“ nach „Geld und Macht“.

Auch das habe er erforschen wollen, sagt Besier und beruft sich auf die Freiheit der Wissenschaft. Es müsse erlaubt sein, sich mit einem „in unserer Gesellschaft hochgradig tabuisierten Bereich“ wissenschaftlich zu befassen. Der sächsische Wissenschaftsminister Matthias Rößler (CDU) appelliert hingegen an Besiers Verantwortung für das Institut, für die Mitarbeiter und für das Andenken der Philosophin Hannah Arendt. „Das ist doch lächerlich“, kontert Besier. „Das wird aufgeblasen, als sei ich Präsident der halben Republik.“ Im Übrigen sei er nur „vereinnahmt worden“, klagt der Historiker: „Ich bin gläubiger Christ, eine Nähe zur Scientology gibt es nicht.“

In Zukunft wird sich Besier auf die Erforschung der beiden Diktaturen in Deutschland konzentrieren. Das hat das Kuratorium des Instituts beschlossen. Dennoch hofft er, dass das Scientology-Buch, dessen theoretischer Teil schon fertig ist, noch erscheint. Auf die Mitgliederbefragung will er aber verzichten. Das soll seine Frau übernehmen.

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers **SPIEGEL ONLINE**

* Am 17. September.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF, CORDULA MEYER